

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Universität
der Völkerfreundschaft

(s. Seite 39)

RALPH L. POWELL

Jedermann ein Soldat

Die rotchinesische Miliz

Unter der Losung „Jeder ein Soldat“ militarisieren die rotchinesischen Führer das Volk, indem sie ungeheure Menschenmassen zur Miliz ausheben. Diese Kampagne geht über das hinaus, was man im Westen unter einem Volk in Waffen versteht, und sie erinnert an die Pläne der französischen Revolutionäre oder Lenins. Sie hängt eng mit dem „großen Sprung nach vorn“ in der wirtschaftlichen Entwicklung und mit dem genau reglementierten Kommunensystem zusammen. In militärischer Hinsicht soll das gewaltige Ausbildungsprogramm nach offizieller Darstellung ein „Meer von Menschen“ oder eine „stählerne Mauer“ schaffen. Es dient ferner dem Zweck, eine sehr aufgelockerte Verteidigung gegen Kernwaffenangriffe zu ermöglichen. Die plötzliche Aktion zur Aufstellung einer „allgemeinen“ Miliz zeigt, wie überaus groß die Zuversicht und die revolutionäre Begeisterung der Kommunisten sind. Möglicherweise setzen diese sich aber auch damit, daß sie disziplinierte, dezentralisierte Organisationen schaffen und so viele Menschen im Waffengebrauch ausbilden, ernsten Gefahren aus.

Die Kommunistische Partei Chinas ist eine Kampforganisation, die — solange sie besteht — meist Krieg geführt hat. Sie kam ursprünglich durch militärische Operationen an die Macht, und sogar dort, wo von ihren Plänen für die Friedenszeit die Rede ist, werden oft militärische Begriffe verwendet. Die meisten Mitglieder ihres Politbüros und ihres Zentralkomitees haben als Kommandeure oder Kommissare Militärdienst geleistet. Der Parteiführer Mao Tse-tung, eine anerkannte Autorität in Fragen der beweglichen Kriegführung und

des Partisanenkrieges, hat ausführlich über diese Themen geschrieben; durch seine Schriften zieht sich wie ein roter Faden der Hinweis auf die Bedeutung einer Volksmiliz für eine revolutionäre Bewegung. Er vertraut seiner Fähigkeit, gefahrlos bewaffnete Bürger zum Einsatz für die Ziele der Partei zu verwenden.

Nachdem die Kommunisten im Jahre 1927 mit der Kuomintang — der Nationalpartei — gebrochen hatten, organisierten sie Bauernmiliz-Scharen, und während des Krieges gegen Japan nutzten sie Nationalismus, Patriotismus und Reformprogramme dazu aus, die ländliche Miliz sehr stark zu erweitern. Diese Teilzeitsoldaten dienten als Ersatzmannschaften für die Rote Armee und kämpften gelegentlich als Partisanen. Etwa im Jahre 1945 behauptete

die Partei, mehr als 2,2 Millionen Milizsoldaten zu haben, und während des Aufstands gegen die Nationalregierung (1945—1950) erreichte die Miliz nach amtlichen Schätzungen eine Stärke von 5,5 Millionen Mann. Als der Sieg auf dem Festland errungen war, erfolgte keine Demobilmachung. Im Jahre 1955 wurde die allgemeine Wehrpflicht verkündet, aber die Miliz wurde nicht aufgelöst. In dem Gesetz hieß es, die Miliz werde weiterhin die Ordnung aufrechterhalten und die Produktion schützen. Von Mitte 1955 bis zum Sommer 1958 brachte die Presse Kontinentalchinas jedoch nur wenig über die Miliz. Offenbar spielte die Miliz in dieser Zeit nicht mehr eine so bedeutende Rolle wie während der früheren Phasen der chinesischen Bewegung.

Der „große Sprung nach vorn“

Das Jahr 1958 war ein Jahr beispielloser Kampagnen und innerer wie äußerer Konflikte. Es war das Jahr des „großen Sprungs nach vorn“ in der wirtschaftlichen Entwicklung, das Jahr des Aufbaus der Kommunen und der Krise um die Insel Quemoy. In diesem Jahr begann unter der Losung „Jeder ein Soldat“ auch die Aktion zur Umgestaltung und ungeheuren Verstärkung der Miliz. Die Opfer, die vom chinesischen Volk gefordert wurden, und die strikte Reglementierung, die ihm durch die ineinandergreifenden Massenkampagnen von 1958 aufgezungen wurde, haben sogar in der Sowjetunion niemals ihresgleichen gehabt. Mit diesen Maßnahmen beabsichtigte man — vielleicht

gezwungenermaßen — in erster Linie, die totalitären Kontrollen der Kommunistischen Partei über alle Gebiete des Lebens in China noch weiter zu verstärken, China in übermenschlichem Tempo zu einer großen Industrie- und Militärmacht zu entwickeln und den Übergang vom „Sozialismus“ zu einer chinesischen Abart des „Kommunismus“ zu beschleunigen.

Der „große Sprung nach vorn“ in der Produktion begann Anfang 1958, kurz vor der ersten, versuchsweise durchgeführten Verschmelzung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften zu erheblich größeren Kommunen. Im Herbst wurden dann die Massen der Landbevölkerung mittels Überredung und Zwang in

mehr als 26 400 Kommunen organisiert, und in einigen Gebieten begann man auch die Städte in Kommunen zu gliedern. Die Kommunen sollten politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Einheiten darstellen. Verwaltung und Betriebsführung sollten zusammengefaßt werden, und Landwirtschaft, Industrie, Handel, Erziehungswesen und Verteidigung sollten auf örtlicher Ebene einer einheitlichen Kontrolle unterstehen. Die Führung sollte natürlich die Partei stellen, die dadurch enorm an Macht und an Mitteln zur Kontrolle des Volkes gewinnen würde. Im Dezember milderte das Zentralkomitee zeitweilig einige der krassesten Züge der Kommunen, schwächte die Reglementierung für die Städte wieder ab und berichtigte die unausgesprochene Annahme, daß die Kommunen ein schnelles Fortschreiten zum Kommunismus ermöglichen würden. Der Gedanke, Rotchina werde das „Endziel“ des Kommunismus vor der UdSSR erreichen, hatte in Moskau

keine Billigung gefunden. Selbst dann, wenn das kommunistische China sein letztes Ziel in der Form von Kommunen erreicht, wird dies Orwellsche System wenig mit dem Phantasiebild vom Absterben des Staates gemein haben, das Marx vorschwebte.

Am 23. August 1958 leitete eine schwere Beschießung der Insel Quemoy durch die Kommunisten die Krise um die Formosa-Straße ein. Inmitten dieser militärischen Operationen und während die Großaktion zur Errichtung der Kommunen in vollem Gange war, begann die erwähnte Kampagne, durch die „jeder ein Soldat“ werden sollte. Die Kommunisten behaupteten, daß die Massen Chinas — „erregt über Provokationen der USA“ — Waffen forderten, um ihr Heimatland zu verteidigen. Das ohnehin schon dichte Netz der Milizeinheiten wurde schnell sehr erheblich verstärkt, und zwar sowohl auf dem Lande als auch in den Städten.

In einer Hand die Hacke, in der anderen das Gewehr

Ursprünglich erklärte man, der Eintritt in die Miliz erfolge freiwillig. So wurde zum Beispiel behauptet, im welterfahrenen alten Peking hätten sich 2,2 Millionen „Freiwillige“ gemeldet. An der Chungshan-Universität in Kanton sind „mit Ausnahme der gebrechlichen und betagten Professoren“ der gesamte Lehrkörper und alle Studenten der Miliz beigetreten. Es ist zwar zu bezweifeln, daß es sich hier um eine aus dem freien Willen der Beteiligten entstandene Aktion gehandelt hat, aber trotzdem dürfen wir nicht die Fähigkeit der Kommunisten unterschätzen, das Volk zu organisieren und zu kontrollieren. Sie haben dies durch die ungeheure Schnelligkeit und die gewaltigen Ausmaße dieser Operation sowie dadurch bewiesen, daß es ihnen gelang, die Operation durchzuführen, ohne eine wirksame Opposition hervorzurufen.

Falls der Plan für den Aufbau der Miliz in vollem Umfang ausgeführt würde, stünden dem kommunistischen China theoretisch etwa 120 Millionen Jugendliche beiderlei Geschlechts mit einer gewissen militärischen Grundausbildung und außerdem mehr als 180 Millionen Menschen zur Verfügung, die mindestens eine Vorstellung von militärischen Organisationen und Disziplin haben. Nach den auf statistischen Angaben aus einem Teil der Provinzen beruhenden Schätzungen eines Autors waren gegen Ende 1958 schon über 200 Millionen Menschen in die Milizlisten eingetragen¹⁾. Amtlichen Erklärungen zufolge soll es damals über 30 Millionen ausgebildete Milizmitglieder ge-

geben haben; es wurde aber eingeräumt, daß davon nur etwa 4 Millionen Mann an Schießübungen mit scharfer Munition teilgenommen hatten²⁾. Weitaus die meisten Milizangehörigen hatten — bildlich gesprochen — „in der einen Hand eine Hacke und in der anderen ein Gewehr“ gehabt, wobei die Betonung auf die Hacke zu legen ist.

Verantwortlicher Urheber der Kampagne „Jeder ein Soldat“ war Mao Tse-tung. Die kommunistische Presse hat wiederholt erklärt, diese Kampagne sei ein Ausdruck der großen

strategischen Gedanken Mao Tse-tungs und seiner Ansichten über den Volkskrieg. Manchmal versucht sie die Strenggläubigkeit des Milizplans mit der Erklärung zu beweisen, dieser Plan stelle eine Kombination der „allgemeingültigen Wahrheiten“ des Marxismus-Leninismus mit den besonderen Problemen der chinesischen Revolution dar.

In ihren grundlegenden Zielen scheint die Kampagne mehr politischen und wirtschaftlichen als militärischen Charakter zu haben. Sie dient dem Zweck, die Massen mit Hilfe militärischer Organisation und Disziplin wirksamer zu kontrollieren und für die Produktion zu mobilisieren. Offiziell wird der Standpunkt vertreten, die Aufstellung einer „allgemeinen“ Miliz werde die Produktion auf allen Gebieten fördern, die Mobilisierung und Versetzung großer Arbeitermassen erleichtern, eine wirksamere Schulung und Erziehung ermöglichen und eine unerschöpfliche Quelle militärischer Reserven schaffen. Mao Tse-tung hat erklärt: „Bei der Aufstellung von Milizdivisionen in großem Maßstab geht es nicht allein darum, Menschenkräfte zu mobilisieren, kollektiv zu handeln und Produktionsaufgaben zu erfüllen. Es geht darum, die Massen dafür zu gewinnen, ihr Leben zu militarisieren und zu kollektivieren“³⁾. Häufig zitiert werden auch Äußerungen Mao Tse-tungs, daß die Miliz eine militärische Organisation, eine Arbeitsorganisation, eine Erziehungsorganisation und eine Organisation für körperliche Ertüchtigung sei. Tatsächlich bauen die Kommunisten jedenfalls landwirtschaftliche und industrielle Armeen auf, deren Grundlage das totalitäre Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ bildet.

Ausbildung durch die Armee

Dominierend ist wie immer der politische Gesichtspunkt. Die Methode, deren man sich bedient, ist die kommunistische Technik ineinandergreifender Kontrollen. Beteiligt sind daran die Parteikomitees und Parteisekretäre aller Stufen, ebenso aber auch das Verteidigungsministerium, der Generalstab sowie die militärischen Bezirks- und Unterbezirksämter in jeder Provinz. Der Kommunistische Jugendverband, die Kommission für Körperkultur und Sport und andere Massenorganisationen wirken dabei mit. Theoretisch wenigstens spielen die Volksräte aller Stufen eine Rolle. Die Ausbildung liegt zum großen Teil in Händen der

sehr intensiv geschulten regulären Armee. Diese Methoden haben den Zweck, das von Mao Tse-tung und anderen aufgestellte Prinzip zu sichern: Die Partei soll die Kanonen kontrollieren und darf niemals zulassen, daß die Kanonen die Partei kontrollieren.

Die Miliz zerfällt in zwei Haupttypen — in die „Grundmiliz“ und die „gewöhnliche Miliz“. Erstere besteht aus jungen Aktivisten — hauptsächlich ausgewählten jungen Männern im Alter von 16 bis 30 oder 32 Jahren, anscheinend aber auch einer gewissen Zahl junger Frauen im Alter von 17 bis 22 Jahren. Diese Angehörigen der Grundmiliz, die nach einem genauen Plan militärisch ausgebildet werden sollen, wird man im Kriegsfall zwecks Verstärkung der stehenden Truppen einberufen. Sie

1) Cheng Chu-yuan, „The People's Communes“. Hongkong: Union Press, 1959, S. 90/91.

2) New China News Agency (N. C. N. A.), Peking, vom 31. Dezember 1958, zitiert in „Survey of the China Mainland Press“ vom 15. Januar 1959, S. 8. Der vorliegende Artikel stützt sich hauptsächlich auf die vom amerikanischen Generalkonsulat in Hongkong herausgegebenen Publikationsreihen „Survey of the China Mainland Press“ (S. C. M. P.) und „Current Background“ (C. B.).

3) „Kiangsi Jih-pao“ vom 13. Dezember 1959, zitiert in S. C. M. P. vom 15. Februar 1960, S. 39.

unterstützen außerdem die Aktivisten als Sicherheitsbehörden, helfen Opposition zu unterdrücken und treiben die anderen Arbeiter an, immer höhere Produktionsnormen zu erfüllen. Die gewöhnliche Miliz ist wesensmäßig ein gewaltiges Arbeitskorps, das aus der ganzen großen Masse derjenigen 16- bis 50-jährigen männlichen und weiblichen Bürger besteht, die nicht Mitglieder der Grundmiliz sind. Ausgeschlossen von der Zugehörigkeit zur gewöhnlichen Miliz sind Konterrevolutionäre, ehemalige Großgrundbesitzer und Großbauern,

Verbrecher, Rechtsabweichler und Dienstuntaugliche. Möglicherweise ist das eine außerordentlich große Gruppe. Die Angehörigen der gewöhnlichen Miliz werden während der sehr beschränkten „Freizeit“, in der sie nicht in der Produktion tätig sind, militärisch ausgebildet.

Die Organisation der Miliz ist nur in einer Beziehung vereinheitlicht, und zwar hinsichtlich der Terminologie. Die Miliz ist in Divisionen, Regimenten, Bataillone, Kompanien, Züge und Gruppen gegliedert, aber die Größe einer Einheit hängt jeweils von der Größe des Produk-

tionsorgans ab, mit dem diese Einheit verbunden ist. Normalerweise scheinen die Angehörigen der Grundmiliz und die der gewöhnlichen Miliz in gemischten Einheiten zusammengefaßt zu sein. In jedem Zug gibt es eine Grundmilizgruppe, in jeder Kompanie einen Grundmilizzug usw., und die Führer der Grundmilizeinheiten sind zugleich Führer der nächsthöheren gemischten Organisation. Auf dem Lande sind die Kommunen die Basis der Miliz, in den Städten dagegen stellen Regierungsorgane, Fabriken und Schulen oder die sich jetzt schnell vermehrenden Stadtkommunen Einheiten auf.

Eine Massenorganisation, kein Heer

Da die Miliz eher eine „Massenorganisation“ als ein Berufsheer ist, wird der Gebrauch militärischer Dienstgrade, Uniformen und Grußformen mißbilligt⁴⁾. Die jeweiligen Führer werden zwar manchmal als Divisions-, Regiments- oder Bataillonskommandeure bezeichnet, aber gewöhnlich spricht man von den Milizoffizieren als den „Kadern“. Als Kader werden ehemalige Angehörige der regulären Armee oder zivile Aktivisten — vielfach Parteimitglieder — ausgewählt. Um die politische Kontrolle noch weiter zu sichern, sind den Milizeinheiten auch Kommissare zugeteilt.

Die Tatsache, daß ein totalitäres Regime in sehr kurzer Zeit viele Millionen Menschen zu einer militärischen Organisation auszuheben vermag, bedeutet für sich allein noch nicht, daß dies Regime seine Ziele in vollem Umfang erreicht hätte. Die überall vergrößerte Miliz litt — um einen marxistischen Euphemismus für eine nur auf dem Papier stehende Organisation zu gebrauchen — „in gewissem Grade an Formalismus“, und viele Einheiten waren nicht „sauber“ genug, daß heißt, örtliche Parteikomitees hatten in ihrem Enthusiasmus manche unerwünschten Elemente zwangsrekrutiert. Die Bauern in den Kommunen wurden durch Arbeit, durch Exerzieren und durch Schulungsver-

sammlungen so stark überanstrengt, daß sich das Zentralkomitee der Partei im Dezember 1958 zu der Anweisung genötigt sah, den Mitgliedern der Kommunen müßten acht Stunden für Schlaf und vier Stunden für Mahlzeiten und zur Erholung belassen werden. Eine im Januar 1960 abgehaltene nationale Milizkonferenz entschloß sich jedoch „eindeutig“, die Milizarbeit weiter zu verstärken. Im April nahm eine stattliche Reihe hoher Parteiführer an einer Konferenz von Vertretern der Miliz teil, um der Milizkampagne Prestige und Nachdruck zu verleihen. Trotz Opposition — selbst innerhalb der Partei — sollte es kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Wege geben.

Konferenzberichte und Veröffentlichungen der Presse zeigen, daß es bei der Miliz in erster Linie darum geht, eine vollständige Kontrolle durch die Partei zu gewährleisten. Die Milizarbeit ist auf die Tagesordnung der Parteikomitees gesetzt worden. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die politische Erziehung der Milizangehörigen verstärkt und ihr „revolutionärer Enthusiasmus“ gesteigert werden müssen. Hauptzielscheibe der Propaganda sind die Mitglieder der Grundmiliz. Die politische Erziehung der Angehörigen der gewöhnlichen Miliz

kann mit gesellschaftlicher Erziehung verbunden werden. Besonderer Nachdruck wird auf die Ausbildung von Kadern gelegt, denn diese sind in der Produktion die Aktivisten und im Kriege die Offiziere.

Es steht nicht fest, ob die chinesischen Kommunisten wirklich die Massen bewaffnen oder nicht. In bildlichem Sinne oder um einer propagandistischen Wirkung willen wird in amtlichen Quellen manchmal davon gesprochen, daß die „Menschen“ bewaffnet würden. Der erste Anschein spricht jedoch dafür, daß nur eine Minderheit der Milizangehörigen tatsächlich bewaffnet oder auch nur an einer Schießausbildung teilnimmt, und davon sind die meisten, wenn nicht alle, Mitglieder der Grundmiliz, die nach ihrer Zuverlässigkeit ausgewählt wurden. Die wirkliche Sachlage wird durch die Feststellung eines höheren Parteiführers gekennzeichnet, der in ein und derselben Rede zunächst prahlend erklärte, nur ein Land, in dem der einfache Mensch der Herr sei, wage es, den Massen Waffen zu geben, und dann eine Reorganisation der Miliz forderte, damit gewährleistet sei, daß Waffen an diejenigen ausgegeben würden, die politisch zuverlässig seien⁵⁾.

Reserve für die regulären Streitkräfte

Die offizielle Presse läßt keinen Zweifel daran, daß die wirtschaftliche Funktion der Miliz, außer im Kriegsfalle, vor ihrer militärischen Funktion rangiert. Arbeit und militärische Ausbildung sind zusammengefaßt, und dabei erhält die Arbeit den Vorrang. Militärischer Unterricht soll nicht zum Schaden der Produktion erteilt werden, und die militärische Orga-

nisation soll nicht die für die Produktion geschaffene Organisation umstoßen. Außerdem soll die Ausbildung mit der jeweiligen Arbeitsbelastung so in Einklang gebracht werden, daß die Ausbildung vor allem während stiller Zeitabschnitte erfolgt.

Die allgemeine Miliz hat jedoch auch wichtige militärische Seiten, und sie steht in enger Verbindung zu den regulären Streitkräften, der sogenannten „Volksbefreiungsarmee“. In den meisten Küstengebieten haben beide gemeinsame Verteidigungskommandos. Obwohl

die „Volksbefreiungsarmee“ ihren eigenen Ausbildungsplan hat und sehr viel Zeit für zivile Bauvorhaben aufwendet, soll sie die Miliz bei ihrer Erweiterung sowohl durch Ausbildung als auch durch Lieferung der Ausrüstung für die Ausbildung „enthusiastisch“ unterstützt haben. Heute dient die Grundmiliz als eine Reserve für die regulären Streitkräfte, und in Zukunft wird sie auch eine Basis für die

4) „China News Analysis“ in „The Militia“ vom 4. September 1959, S. 6. In diesem wertvollen, dokumentarisch untermauerten Artikel wird die Rolle der Miliz in der kommunistischen Bewegung behandelt.

5) Huang Huo-ch'ing in „Liaoning Jih-pao“ vom 27. Februar 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 12. April 1960, S. 13, 15.

nationalen Aushebungs- und Entlassungsprogramme werden; aus der Miliz wird man Rekruten einberufen, und aus dem Militärdienst entlassene Soldaten werden wieder in Milizeinheiten zurückkehren und deren „Rückgrat“ bilden. Alljährlich wird eine Kampagne zur Auswahl von Milizangehörigen für die regu-

lären Streitkräfte stattfinden, und demzufolge werden die Rekruten der Armee schon eine militärische Grundausbildung besitzen. Außerdem könnte die Miliz die „Volksbefreiungsarmee“ von einigen Aufgaben in der zivilen Produktion entlasten, die den Berufssoldaten lästig waren.

artigen öffentlichen Vorhaben in Industrie und Landwirtschaft mobilisierten Milizmitglieder sind tatsächlich eindrucksvoll. Man wird jedoch an die chinesische Lebensregel erinnert: „Gutes Eisen schlägt man nicht zu Nägeln, gute Leute macht man nicht zu Soldaten“. Im Jahre 1958 lagen die Dinge in China beinahe buchstäblich so, daß alle guten Leute Soldaten waren, die für den „großen Sprung nach vorn“ schlechtes Eisen erzeugten.

Aufstellung technischer Truppen geplant

Die Milizkampagne steht in Zusammenhang mit der Modernisierung der „Volksbefreiungsarmee“. Die ungeheure Vergrößerung der Miliz wird auch zur Lösung des Widerspruchs beitragen, der zwischen einem „kleinen“ Friedensheer und den großen Streitkräften besteht, die man in Kriegszeiten braucht; die chinesischen Kommunisten betrachten nämlich offenkundig die mehr als 2,5 Millionen Mann der „Volksbefreiungsarmee“ nicht als ein großes Friedensheer. Dennoch ist seit dem Sieg auf dem Festland eine Verminderung der regulären Armee erfolgt, und in einer amtlichen Quelle heißt es, die Verkleinerung der Armee und die Vergrößerung der Miliz würden es der Regierung ermöglichen, einen Teil des Militärhaushalts für wirtschaftliche Aufbauprogramme zu verwenden⁶⁾. Die Miliz bildet eine große, aber nicht kostspielige Reserve; nirgends ist erwähnt, daß ihre Mitglieder außer der knappen Verpflegung und dem geringen Lohn, die sie für die Arbeit auf den Feldern und in den Fabriken erhalten, irgendeinen Sold bekämen.

Die Milizorganisationen bestehen jedoch nicht nur aus Infanterieeinheiten, und sie werden mit der Aufstellung technischer Truppen kostspieliger werden. Es sind bereits Anweisungen zur Aufstellung von Artillerie-, Flak-, Aufklärungs-, Nachrichten- und Pioniereinhei-

ten sowie von Einheiten für chemische Kriegführung und für Luftschutz ergangen. Das geschieht natürlich in der Absicht, nicht nur Reserven zu schaffen, die moderne konventionelle Waffen zu gebrauchen verstehen, sondern auch erfahrene Techniker für Industrie und Landwirtschaft auszubilden.

Bis jetzt scheint die Ausbildung der Milizeinheiten — und das gilt sogar für die Mitglieder der Grundmiliz — zum großen Teil eine Elementarausbildung mit nur wenig Spezialunterweisung zu sein. Zwar sind eine Anzahl Schulen für Teilzeitausbildung eingerichtet worden, aber die Milizmitglieder dürften wenig Zeit haben, diese Schulen zu besuchen. Der Gedanke an die Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die an die Miliz ausgegeben worden sind, muß in bezug auf die Versorgung ein Alpdruck sein, denn es ist zwar geplant, die notwendigen Waffen in örtlichen Werkstätten herzustellen, aber tatsächlich hat die Miliz viele Waffen von „revolutionären Vorfahren“ ererbt. Außerdem hat die „Volksbefreiungsarmee“ für Ausbildungszwecke eine beträchtliche Menge Ausrüstung geliefert, und es soll auch Organisationen geben, die nicht nur Gewehre, sondern auch automatische Waffen und sogar Geschütze benutzen.

Auf rein militärischem Gebiet wird der Miliz das Verdienst zugeschrieben, die „Volksbefreiungsarmee“ bei Operationen gegen nationalchinesische Streitkräfte an der Küste von Fukien und an der „Jünnan-Front“ unterstützt zu haben. Milizmitglieder bewachen auch Fabriken, Anlagen und Verkehrswege. Schließlich werden mindestens die Grundmilizeinheiten allmählich zu einer immer tauglicheren Reserve für die regulären Truppen. Die Miliz macht zwar ungleichmäßige, aber doch immer weitere Fortschritte, obwohl Rotchina keine so große Streitmacht braucht, um einen Krieg mit konventionellen Waffen außerhalb seiner Grenzen zu führen.

Als Ausgleich für die entstellenden und übertriebenen Angaben der Kommunisten über ihre Leistungen verschafft uns ihre Auffassung von der Selbstkritik wertvolle Informationen über einige der Schwächen ihres Programms. Vereinzelt wird aus amtlichen Quellen bekannt, daß viele Mängel bei der Reorganisation der Miliz im Jahre 1959 nicht beseitigt werden konnten. So sind mindestens manche Einheiten noch „ziemlich locker organisiert“, und andere Einheiten erfüllen nicht alle ihre Aufgaben. Die Ausbildung technischer Truppen muß verbessert werden, und ebenso muß die politische Siebung der Milizmitglieder, muß deren Moral und Schulung verbessert werden; manche Milizangehörigen „befürchten“ zum Beispiel, daß sie im Anschluß an ihre militärische Ausbildung Kriegsdienst leisten müßten. Sündenböcke sind wie üblich die Kader, selbst wenn der Fehler in der Parteilinie liegt. Man erklärt, die Kader hätten zum Teil nicht die nötige Befähigung; sie seien zu alt, oder sie seien an militärischen Dingen uninteressiert, oder sie glaubten, daß die Miliz zu groß sei. Manche seien despotisch, andere dagegen wollten keine feste Haltung einnehmen. Es wird jedoch behauptet, die falsche Meinung, daß die Milizarbeit keine Zukunft habe, sei beseitigt worden. Manche Kader scheinen trotz aller Schulung und trotz des furchtbaren Drucks, der auf sie ausgeübt wird, noch menschlich zu sein; sie achten nämlich auf Dienstgrad und Anciennität und zeigen damit, daß sie eitel sind, nutzen persönliche Beziehungen aus und beschwerten sich so-

„Herkulesaufgaben“

Nach mehr als einjährigen Erfahrungen hat die kommunistische Presse zahlreiche statistische Angaben veröffentlicht, um zu zeigen, wie nützlich es ist, militärische Organisation und Disziplin zur Mobilisierung des Volkes für die Produktion zu verwenden. Ebenso wie die statistischen Angaben über den „großen Sprung nach vorn“ in der Produktion sind auch diese Berichte offensichtlich stark übertrieben. Sie wären glaubhafter, wenn sie nicht Behauptungen wie z. B. die enthielten, daß der Führer einer Milizkompanie eine Drahteinlegemaschine entwickelt habe, durch die der Wirkungsgrad der Arbeit auf das Fünzigfache gesteigert und die grundlegenden Probleme des Maschinenbaus gelöst worden seien. Glaubwür-

diger ist die Angabe, daß etwa 71 000 Milizmitglieder in Shansi — abgesehen von der Erfüllung anderer Herkulesaufgaben — in 17tägigem „hartem Kampf“ 1,9 Millionen Pikul⁷⁾ Dünger gesammelt haben⁸⁾. Zu den Obliegenheiten der Milizmitglieder gehört es, organisierte Jagden auf solche wilden Tiere und Vögel zu veranstalten, die Menschen oder das Vieh in Gefahr bringen könnten. Im ersten Halbjahr 1959 sollen sie fast 7,5 Millionen Vögel und Raubtiere erlegt haben⁹⁾. Die ungeheuren Zahlen der zur Arbeit an verschieden-

7) 1 Pikul = 133 1/3 engl. Pfund. — d. Übs.

8) „Szechwan Jih-pao“ vom 22. Januar 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 29. März 1960, S. 38, und „Shansi Jih-pao“ vom 16. Februar 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 6. April 1960, S. 23.

9) N. C. N. A., Peking, vom 8. Februar 1960, S. C. M. P. vom 12. Februar 1960, S. 4.

6) „Kiangsi Jih-pao“ vom 13. Dezember 1959, zitiert in S. C. M. P. vom 15. Februar 1960, S. 39.

gar beim örtlichen Parteikomitee über die Lebensverhältnisse.

Nicht allein Mitglieder der Miliz beklagen sich. Sogar bei Parteikomitees bestand die Besorgnis, der starke Ausbau der Miliz werde der Produktion schaden, und einige allgemein verbreitete Kritiken werden als berechtigt anerkannt. Heftigste Angriffe von offizieller Seite werden gegen Rechtsabweichler — dazu gehören auch Parteimitglieder und militärische Kader — gerichtet, die nicht die Kampagne „Jeder ein Soldat“ unterstützen und sich in der Tat allen Massenbewegungen widersetzen. Der allgemeine Volks„kampf“ gegen rechtsabweichlerische Tendenzen deutet darauf hin, daß diese Tendenzen sowohl hoch hinauf in die Partei als auch weit hinunter in die Massen reichen müssen.

Die erste Phase der Kampagne zur Militarisierung der Chinesen in einer allgemeinen Miliz fiel mit der Quemoy-Krise zusammen.

Die zweite Phase begann in der Periode des Geistes von Camp David und der Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz. In dieser Periode nahmen die chinesischen Kommunisten eine militante Haltung ein; sie legten nur ein Lippenbekenntnis zu der Konzeption einer friedlichen Koexistenz ab und behaupteten, die Gefahr eines Krieges bestehe noch immer. Ihre Beschuldigungen gegen die Amerikaner wurden ätzend scharf. Die Vereinigten Staaten werden jetzt beschuldigt, sie stünden an der Spitze eines „Lagers imperialistischer Aggressoren“ und seien der „brutalste Feind“ der Völker der Welt. Insbesondere bezichtigt man sie einer äußerst feindseligen Haltung gegenüber China und geheimer, mit friedlichen Worten bemäntelter Vorbereitungen für einen Krieg gegen China.

Die Frage, warum Rotchina eine so ungeheuer große Miliz haben will, ist unter anderem dahingehend zu beantworten, daß die Miliz Bestandteil einer Verteidigung gegen

Atomwaffenangriffe und gegen eine Invasion sein soll. Die chinesischen Kommunisten behaupten, daß „der Ostwind sich gegen den Westwind durchsetzt“, d. h., daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des chinesisch-sowjetischen Blocks verschoben habe. Sie erklären zwar, daß sie Kernwaffen besitzen werden, haben aber nicht öffentlich angedeutet, daß sie schon jetzt solche Waffen oder Langstreckenraketen besitzen; interessanterweise wird niemals erwähnt, daß sie erwarten, solche Waffen von den Sowjets zu erhalten. Die chinesischen Kommunisten mögen natürlich wohl glauben, daß — falls sie einen Krieg beginnen — die Sowjetunion genötigt wäre, sie mit atomar bewaffneten Streitkräften zu unterstützen oder der „Volksbefreiungsarmee“ Atomwaffen zu liefern. Aber wenn sie nicht und bis sie entweder Atomwaffen entwickeln oder mit Atomwaffen beliefert werden, müssen sie sich auf andere Mittel verlassen, von einem Kernwaffenangriff abzuschrecken.

„Volkskrieg“ im Zeitalter der Kernwaffen

Die rotchinesischen Führer tun heute die furchtbare Vernichtungskraft von Kernwaffen nicht mehr verächtlich ab, unterschätzen aber doch offensichtlich deren Wirkungen einschließlich des radioaktiven Niederschlags. Öffentlich versichern sie, sie hätten keine Furcht vor einem Kriege, und sie geben noch nicht zu, daß ein Atomkrieg vielleicht die kommunistischen Staaten ebenso zerstören würde wie die kapitalistischen Staaten. Grundlage ihrer Zuversicht ist die Auffassung: „Ein Meer von einigen hundert Millionen Milizsoldaten kann durch keine moderne Waffe zerstört werden. Darin liegt die Hauptgarantie für unsere Unbesiegbarkeit“¹⁰⁾. Und der Minister für Nationale Verteidigung, Marschall Lin Piao, hat erklärt: „Die Imperialisten tun jetzt ihr möglichstes, eine umfassende Kriegführung mit ferngesteuerten Raketen und mit Kernwaffen vorzubereiten. Um mit einem solchen Krieg fertig zu werden, müssen wir vor allem das Volk für einen Volkskrieg mobilisieren und uns auf das Volk stützen. Wir sind Marxisten-Leninisten, wir erkennen ganz klar, daß im Kriege die Menschen der entscheidende Faktor sind; wir erkennen ferner die bedeutende Rolle der modernen Technik im Kriege an. Deshalb müssen wir unverzüglich die technische Ausrüstung unserer Streitkräfte nachdrücklich verbessern und unsere Streitkräfte in verstärktem Maße modernisieren“¹¹⁾.

Die Partei behauptet, die Kombination regulärer Truppen mit einer sehr großen Miliz werde eine „stählerne Verteidigung“ schaffen, „den Feind in die Hölle eines allgemeinen Volkskrieges“ bringen und ihn in einem „großen Meer von Menschen“ ertränken. Dies stellt einen Sieg für Mao Tse-tungs Auffassung von einem Volkskrieg dar — eine Auffassung, die sich auf die in jahrelangem Kampf gegen die Nationalregierung und gegen die Japaner gesammelten Erfahrungen gründet. Mao Tse-tung hält selbst im Atomzeitalter und entgegen den Ansichten mancher Berufsoffiziere der „Volksbefreiungsarmee“ an seinem Glauben an das fortdauernde Übergewicht des Menschen über die Waffen fest¹²⁾.

In ähnlicher Weise bestand mindestens eines der Ziele, die mit der Errichtung der teilweise autarken und weit verstreuten Kommunen verfolgt wurden, wahrscheinlich darin, eine Verteidigung gegen Atomwaffenangriffe zu schaffen. Die Kommunen, in denen politische, wirtschaftliche, erzieherische und militärische Angelegenheiten ein einheitliches Ganzes bilden, sind — wie der Minister für Nationale Ver-

teidigung erklärt hat — „eine mächtige Reserve für eine höchst wirksame Realisierung des Plans, jeden zum Soldaten zu machen, für die Unterstützung der Front, für den Schutz des Vaterlandes und dafür, den Feind in eine tödliche Katastrophe zu führen ...“¹³⁾.

Die rotchinesischen Führer glauben vielleicht wirklich, daß die halbautarken Kommunen und neue, weit über große Räume verstreute Industriezentren zusammen mit starken konventionellen Streitkräften und einer allgemeinen Miliz es dem Regime ermöglichen würden, einen mit Kernwaffen geführten Krieg zu überleben. Ereignisse aus dem letzten Jahrzehnt zeigen, daß der etwaige Tod vieler Millionen Chinesen sie nicht davon abschrecken würde, sich auf einen solchen Krieg einzulassen. Allem Anschein nach bereiten sie sich tatsächlich darauf vor, einen Krieg zu führen, in dem sich die Gegner bereits das Rückgrat gebrochen haben — also auf die Art der Kriegführung, die nach Ansicht mancher militärischer Fachleute für die Periode nach einem anfänglichen Kernwaffenangriff geeignet ist.

Für den Partisanenkrieg vorgesehen

Sie glauben offenbar, daß das Regime nur vernichtet werden könne, wenn China von feindlichen Truppen besetzt sei, und beabsich-

tigen daher, dies durch einen langwierigen, beweglich geführten Krieg vom Typ des Partisanenkrieges zu verhindern, also durch einen Kampf der Art, die den älteren Parteiführern auf Grund ihrer 25jährigen Erfahrung zweck-

10) Huang Huo-ch'ing in „Liaoning Jih-pao“ vom 27. Februar 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 12. April 1960, S. 13. Siehe auch „Jen-min Jih-pao“ vom 19. April 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 6. Mai 1960, S. 17.

11) N. C. N. A., Peking, vom 27. April 1960, zitiert in S. C. M. P. vom 6. Mai 1960, S. 17.

12) Lin Piao in N. C. N. A. vom 29. September 1959, zitiert in C. B. vom 7. Oktober 1959, S. 8; Hsieh, Alice Langley, „Communist China and Nuclear Warfare“, in „The China Quarterly“, Nr. 2, April/Juni 1960, S. 8, 11-12, 14.

13) N. C. N. A., Peking, vom 29. September 1959, C. B. vom 7. Oktober 1959, S. 7.

mäßig erscheinen würde. Nach der Kriegführung gegen Japan und gegen die Nationalregierung zu urteilen, kann man erwarten, daß die chinesischen Kommunisten darauf bedacht sein würden, sich die Weite des Raums und die ungeheure Größe der Menschenmassen zunutze zu machen, ihre Streitkräfte auseinanderzuziehen sowie straffe Disziplin und zentralisierte Kontrolle mit weitgehender Übertragung der Verantwortlichkeit nach unten zu verbinden. Ebenso wie im Krieg gegen Japan würden sie zweifellos den Nationalismus und den Patriotismus ausnutzen. Sie würden die Angehörigen der Grundmiliz als Partisanen einsetzen, und in einer entscheidenden Krise würden sie wahrscheinlich die zuverlässigeren Mitglieder der gewöhnlichen Miliz mit beliebigen verfügbaren Waffen bewaffnen und sich auf den Patriotismus als einen Rückhalt für das Regime stützen.

Diese militärischen Auffassungen sind vielleicht bei vernünftiger Betrachtung nicht mehr haltbar, aber es kann durchaus sein, daß die Parteiführer ihnen noch vertrauen. Die ganze Geschichte der Neuzeit hindurch haben viele kluge militärische Führer und Staatsmänner an strategischen Ansichten und Waffensystemen festgehalten, die sich dann als überholt erwiesen. Die besser informierten sowjetischen Führer gelangen hinsichtlich der Wirkungen eines mit thermonuklearen Waffen geführten Krieges nicht zu den gleichen Schlußfolgerungen wie ihre chinesischen Verbündeten. Nach ihren Erklärungen zu urteilen, haben letztere weit weniger Furcht vor einem großen Krieg — sogar vor einem dritten Weltkrieg.

Gegenwärtig stellen die mit konventionellen Waffen ausgerüsteten, durch die Milizreserven unterstützten Truppen der „Volksbefreiungs-

armee“ hauptsächlich für Chinas nichtkommunistische Nachbarn eine Bedrohung dar. Es ist natürlich möglich, daß die Führer Rotchinas — falls sie Kernwaffen erhalten sollten — zu der Ansicht gelangen, daß niemand einen Atomkrieg gewinnen kann. Wahrscheinlicher erscheint es, daß der Besitz von Kernwaffen ihnen nur zusätzlich zu der Überzeugung, daß sie — und vielleicht nur sie — einen Atomkrieg überleben könnten, noch das Bewußtsein verleihen würde, über eine phantastisch vermehrte Schlagkraft für den Angriff zu verfügen. In diesem Falle würde das kommunistische China wirklich zu einer Bedrohung für die ganze Welt einschließlich seiner sowjetischen Verbündeten werden.

Reprinted in translation by special permission from Foreign Affairs. Copyright by the Council of Foreign Relations Inc. New York.



„Die Universität der Völkerfreundschaft“

Ein neues akademisches Ausbildungszentrum für Studenten der Entwicklungsländer

Mit dem üblichen rituellen Pomp kommunistischer Prägung ist soeben in Moskau die neugegründete „Universität der Völkerfreundschaft“ eröffnet worden. Gemäß dem amtlichen Gründungserlaß verfolgt die neue Universität das Ziel, Kader hochqualifizierter Spezialisten auf den verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten zu schaffen, die nach erfolgter Ausbildung an der neuen Moskauer Universität den kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer maßgebend bestimmen sollen.

Auf der Eröffnungsfeier wendete sich Chruschtschow mit einer kurzen Rede an die ausländischen Studenten: Die Sowjetregierung erwarte nicht, daß die Studenten ohne weiteres sich die Lehre des Marxismus-Leninismus zu eigen machen würden, die Sowjetunion verfolge mit der Gründung dieser Universität das selbstlose, humane Ziel, den Völkern, die unter dem Kolonialjoch lange Zeit geschmachtet haben, bei

der Heranbildung qualifizierter, wissenschaftlicher Kader zu helfen; die Sowjetunion denke nicht daran, den Studenten Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas die kommunistische Ideologie aufzutroyieren zu wollen. Nach seiner Überzeugung sei aber die Idee des Kommunismus die allein richtungsweisende, aufbauende, geistig-politische Strömung der modernen Zeit. Der Kommunismus sei wie eine Epidemie, die sich unaufhaltsam über die ganze Welt ausbreite. Chruschtschow verlas zum Schluß eine Grußadresse des Zentral-Komitees der KPdSU und des Ministerrats der Sowjetunion an die Studenten der neugegründeten Hochschule für die Entwicklungsländer. In dieser Adresse werden in einer auffallend vorsichtigen, weitschweifigen Formulierung erneut die angeblich uneigennütigen und tendenzfreien Absichten des Kommunismus bei der Gründung der Universität betont. Die Sowjet-

union wolle lediglich völlig selbstlos den kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg der afro-asiatischen Länder wie auch Latein-Amerikas unterstützen, um die kulturelle und wirtschaftliche Rückständigkeit dieser Länder möglichst schnell überwinden zu können. Die Rede Chruschtschows wurde vom Moskauer Sender übertragen. Am Schluß der Eröffnungszeremonie wurde Chruschtschow eine Gedenkmedaille übergeben, worauf seitens der Studentenschaft ein Student aus Nigeria zurückhaltend, und ein Kubaner in russischer Sprache und im besten kommunistischen Stil der Sowjet-Regierung für die Gründung dankten. Der Rektor der neuen Hochschule, Prof. Serge Rumjanzew, bisher stellvertretender Minister für den höheren Unterricht, erklärte, daß der Lehrkörper mit allen Kräften versuchen werde, die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjet-Union mit den Entwicklungsländern zu vertiefen.

Empfehlung durch „Massenorganisationen“

Über die Struktur der neuen Universität wird nun im einzelnen folgendes bekannt: Die Universität ist in den Gebäuden der früheren Woroschilow-Militärakademie untergebracht — ein graues Gebäude im Stil der dreißiger Jahre, in einem östlichen Vorort Moskaus gelegen. In den ausgedehnten Korridoren dieses grauen und öden Gebäudes trifft man jetzt Studenten der verschiedensten Farben und Sprachen aus allen Teilen Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas. Die Studenten sind zu 6 oder 7 in den offenbar mit großer Eile notdürftig für den akademischen Gebrauch hergerichteten Kasernenräumen untergebracht. Auf längere gewählt, worunter naturgemäß die kommu-

Sicht gesehen soll die Universität 3000—4000 Studenten aufnehmen. Für das 1. Studienjahr sind 650 Kandidaten ermittelt worden. Die Auswahl erfolgte aufgrund der aus den verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas in Moskau eingegangenen 40 000 Gesuchen. Der Universitätsrat, in dem außer den amtlichen Stellen auch die Komitees für die Solidarität mit den afro-asiatischen Ländern und verschiedene andere kommunistische Organisationen vertreten sind, hat die Studenten aufgrund von Empfehlungen und Vorschlägen einzelner „Massenorganisationen“ aus-

sehen Parteien der einzelnen Länder zu verstehen sind.

Die Studentenschaft dieses ersten Gründungssemesters setzt sich zunächst für den Anfang folgendermaßen zusammen: 190 afrikanische Studenten, 142 süd-ostasiatische Studenten, 120 latein-amerikanische Studenten, 46 Studenten aus dem Nahen Orient, hinzu kommen noch ferner 60 sowjetrussische Studenten, die gemäß den amtlichen Moskauer Angaben aus 10 000 Kandidaten ausgewählt wurden und angeblich die alleinige Aufgabe haben, an der Universität die Sprache der Entwicklungsländer zu erlernen. Die europäischen Staaten und die Ver-

einigten Staaten Amerikas sind bis auf 5 amerikanische Neger-Studenten von der „Universität der Völkerfreundschaft“ ausgeschlossen. Die einzelnen Staatengruppen sind an der Universität in einer auffallend unterschiedlichen Weise vertreten. Unter den afrikanischen Staaten hat die bisherige französische Mali-Staatengruppe 16 Plätze erhalten, und zwar für Studenten aus dem französischen Sudan und dem Senegal. Die Vereinigte Arabische Republik hat 13, Algerien 12 und Guinea 8 Plätze erhalten. Unter

den latein-amerikanischen Staaten steht naturgemäß Kuba mit 24 Studenten an erster Stelle. Entgegen sowjet-russischen Erwartungen hat Indien und Indonesien von den ihnen angebotenen Studienplätzen fast gar keinen Gebrauch gemacht. Indien hat lediglich 2 Studenten entsandt. Aus einer diplomatischen Äußerung geht hervor, daß bisher zwischen der indischen und der sowjetrussischen Regierung über „die Methoden der Zulassung“ indischer Studenten keine Einigung erzielt werden konnte.

Russischer Sprachunterricht im Vordergrund

Das Professorenkollegium besteht im Augenblick aus 160 Dozenten; die Zahl soll aber in der nächsten Zeit auf 210 erhöht werden. Als Lehrfächer sind vorgesehen: Technik, Medizin, Nationalökonomie, Rechtswissenschaft, Physik, Mathematik, Theologie, Philologie, Agronomie.

Die meisten Fakultäten stehen aber bisher nur auf dem Papier. Weder die notwendigen Dozenten noch die notwendigen Hörsäle stehen zur Verfügung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschränkt sich die akademische Lehrtätigkeit vornehmlich auf den russischen Sprachunterricht. 150 junge sowjetrussische Sprachlehrer sind augenblicklich dabei, mit Hilfe von Hunderten von Magnetophonapparaten den Studenten die russische Sprache beizubringen. Es wird versichert, daß innerhalb von 6 Monaten eine völlige Beherrschung der Sprache Tolstoi's und Dostojewski's erreicht werden könne.

Im Unterschied zu den sowjetrussischen Universitäten soll auf der „Universität für Völkerfreundschaft“ kein enges Spezialwissen angestrebt werden, sondern vielmehr Vermittlung allgemeiner Kenntnisse auf verschiedenen Gebieten.

Die Moskauer Regierung hat, den offenbar vorhandenen Befürchtungen über eine allzu gründliche Ausbildung in der marxistisch-leninistischen Ideologie vorbeugend, darauf hingewiesen, daß ein obligatorisches Lehrfach über die „Lehre des Marxismus-Leninismus“ nicht vorgesehen sei, wie dies sonst in allen sowjetrussischen Universitäten der Fall ist. Die Mos-

kauer Behörden unterstreichen, daß an der neuen Universität politische Aktivität grundsätzlich verboten sei. Zugelassen sind „studentische Bruderschaften“ auf nationaler Basis zur Pflege der eigenen kulturellen und beruflichen Interessen. Auf Wunsch und Antrag können kirchliche Kulthandlungen in den Räumen der Universität gehalten werden.

Bedingungslose Toleranz?

Die Moskauer Regierung hat zwar auf der einen Seite versucht, die neugegründete Universität für die afro-asiatischen und latein-amerikanischen Völker unter das Zeichen bedingungsloser Toleranz zu stellen, hat jedoch andererseits Maßnahmen getroffen, um die Bildung eines der kommunistischen Lehre abträglichen Neutralismus unter der Studentenschaft zu verhindern. In den Lesehallen der neuen Universität sind nur publizistische Erscheinungen der Sowjetunion zu finden, ebenso umfaßt die Bibliothek der Universität lediglich solche Werke, die auch in den anderen Moskauer Universitäten zu finden sind. Der Lehrstuhl für Wirtschaft und Politik ist an Richtlinien gebunden, die ausdrücklich Lehren des Marxismus-Leninismus an die erste Stelle setzt. Die Moskauer Regierung verknüpft mit der Bildung dieser Universität offensichtlich die Hoffnung, die heranwachsende Jugend der afro-asiatischen und latein-amerikanischen Staaten durch ihre Ausbildung an der neuen Moskauer

Universität als wirkungsvolle Propagandisten für die Sache der kommunistischen Weltrevolution gewinnen zu können. Das Studium ist für die ausländischen Studenten völlig frei. Die Regierung bezahlt den Studenten die Hin- und Rückreise, gewährt freien Aufenthalt, Unterkunft und Verpflegung, Kleidung und ein Taschengeld von 900 Rubel monatlich. Die 60 zugelassenen sowjetrussischen Studenten, die angeblich dort die Sprache der Entwicklungsländer lernen sollen, sind naturgemäß aus der Zahl verlässlicher Mitglieder der KPdSU und der Komsomol, der kommunistischen Jugendorganisation, ausgewählt und mit der Aufgabe betraut, die ausländische Studentenschaft mit dem Salz der kommunistischen Lehre zu durchsetzen und ein günstiges Klima für die Ausbreitung der kommunistischen Ideologie zu schaffen.

Zusammengestellt aus Berichten der „Neuen Zürcher Zeitung“, „Le Monde“ und „Prawda“.

Leserstimme

Ein deutsches Geschichtsbild?

Mit der Veröffentlichung „Entwurf eines deutschen Geschichtsbildes in volkspädagogischer Absicht“ von Wolfgang Schlegel, Historiker an der Pädagogischen Akademie Kaiserslautern, in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, (B 15/60 vom 13. April 1960) möchte ich mich hier auseinandersetzen, weil mir scheint, daß damit eine Gefahr auf uns zukommt, der wir uns bald bewußt werden müssen.

In der berechtigten Abwehr kommunistischer Lehren und Praktiken sowie derer des Nationalsozialismus meinen manche Vertreter der westlichen Welt einen Mangel darin zu spüren, daß sie nicht auch mit einer so geschlossenen Weltanschauung, so fertigen Geschichtsvorstellungen, so klaren Urteilen, so entschiedenen Leitbildern und mit der sich daraus ergebenden Wortgewandtheit auftreten können. Statt dessen zeigen wir oft in allzu freiheitlicher Lockerung ein vorsichtiges Zaudern, ein unentschlossenes Diskutieren, ein zögerndes Abwägen, die als Schwäche erscheinen und sich im politischen Alltag entsprechend auswirken. Wer aber je prüfend hinter die vermeintliche Geschlossenheit der Totalitaristen blickte, bemerkt bald, wie oberflächlich und einseitig ihre Urteile sind, da sie überhaupt nicht auf dem Wege kritischen Denkens entstanden, sondern von dogmatischen Vorurteilen bestimmt werden. Auch daraus erklärt sich, wie leicht sie zu handhaben sind, wenn man nur selbstgerecht genug ist, von der Objektivität Abstand zu nehmen und die Wahrheit taktischen Zielen unterzuordnen. Die langsam errungenen und mühsam erkämpften Erkenntnisse und Entschlüsse der zaghaften Leute aus der freien Welt sind daher auch richtiger und wirken nachhaltiger als die vorschnellen Konstruktionen jener, die die Vertreter des Fortschritts zu sein glauben.

Unter diesen Umständen ist es jedoch erklärlich, daß wir unsere Unbeholfenheit abschütteln wollen und wenigstens auch so sicher auftreten möchten wie die östlichen Rechthaber, die im eigentlichen Sinne ja keine Gesprächspartner sind. Aus solchen Überlegungen heraus scheint mir der genannte „Entwurf eines deutschen Geschichtsbildes in volkspädagogischer Absicht“ entstanden zu sein. Ein geschlossenes Geschichtsbild volkstümlicher Art gehört nun zwar zu einem geschlossenen Staat, wie er im europäischen Absolutismus mit seiner meist konfes-

sionellen Ausprägung gegeben war und auch noch in den Monarchien der Zeit vor dem Ersten Weltkriege in verhältnismäßig liberaler Form auftrat. Heute aber mit volkspädagogischer Absicht ein deutsches Geschichtsbild entwerfen zu wollen, das verstimmt, denn dazu würde ein einheitliches Menschenbild gehören, wie wir es nicht haben und in unserer pluralistischen Gesellschaft weder haben können noch dürfen.

Ein so großer Freund geschichtlichen Denkens wie Theodor Litt sagt dazu, daß *„die Verabschiedung des Vorurteils, daß es keine Erziehung geben könne ohne ein ausgearbeitetes Bildungsideal, Geschichts- und Menschenbild, zu den Bedingungen gehört, von denen das Selbstverständnis und die Selbstbehauptung der freien Welt abhängt.“* (Wissenschaft und Menschenbildung im Lichte des West-Ost-Gegensatzes, Heidelberg 1958, S. 62) Statt sich also dem wohlbedachten Wechsel von „Führen und Wachsenlassen“ anzuvertrauen, wagt es Schlegel übereilt mit dem Entwurf seines Geschichtsbildes „einen gültigen Kanon deutschen Werdens“ vorzulegen. Kein Wunder, daß sich dabei auch sachlich mancherlei Ungereimtheiten auf-

Da ist die übermäßige Stofffülle. Schlegel will mit den Großreichen der asiatischen Flußkulturen beginnen, dazu mit der griechischen und römischen Geschichte, die in unseren bisherigen Volksschulplänen nirgends auftauchen. Da steht eine so einfach klingende Überschrift wie „Geschichte beginnt mit Sumer“, und schon gähnt vor dem, der auch nur ein wenig davon weiß, wie verspielt unsere Elf- und Zwölfjährigen noch sind und wie uninteressiert unser Volk an alter Geschichte ist, ein Abgrund des Mißverstehens. Wir können eben nicht wie in Stalins Parteigeschichte eine absolute Geschichtsentwicklung von der gentilkommunistischen Urgesellschaft bis zum Endstadium des Weltsozialismus darbieten. Und wir dürfen dies auch nicht. Warner hat ja Schlegel genug zitiert, vor allem Reinhard Wittram (Das Interesse an der Geschichte, Göttingen 1958, bes. S. 110 ff.), aber er läuft dennoch der Illusion eines geschlossenen Geschichtsbildes und einer vermeintlichen Kontinuität des geschichtlichen Geschehens nach. So stellen sich unvermeidlich die alten romantischen Verklärungen früherer Zeiten wieder ein, die Verherrlichungen und Vernebelun-

gen, die eine volkspädagogische Absicht mit sich bringt. Dürfen wir heute noch die Kreuzzüge mit der Bezeichnung „Die christlichen Ritter nehmen das Kreuz“ verstehen? Dürfen die Judenverfolgungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, die Ketzerausrottungen, die Inquisitionen und die Hexenprozesse verschwiegen werden? Ist es sachlich zu verantworten, die osteuropäische Geschichte nur unter dem Gesichtspunkt der deutschen Ostkolonisation zu sehen und an dem Unrecht der polnischen Teilungen vorüberzugehen? Wie es ja überhaupt gewagt ist, heute eine vorwiegend **d e u t s c h e** Geschichte lehren zu wollen. Daraus entsteht allzu leicht die verhängnisvolle Vorstellung, die anderen Völker, in Sonderheit die Slawen, seien nur Objekte der deutschen Geschichte gewesen und allein deswegen minderwertig. Das 19. Jahrhundert als ein vorzüglich „deutsches“ anzusprechen, ist heute vollends unverständlich. In Anbetracht der das politische Gegenwartsgeschehen beherrschenden Emanzipation der ehemaligen Kolonialvölker erforderte der westeuropäische Kolonialimperialismus ebenso wie die Gemeinsamkeit der industriellen Entwicklung eine gesamteuropäische Geschichtsschau besonders dieses alle Probleme unserer Zeit in sich bergenden Jahrhunderts. Das allgemeine Unheil der nationalstaatlichen Entwicklung und seine Verquickung mit den ungelösten sozialen Problemen scheinen mir wesentlich wichtigere Themen zu sein als die einzelnen Episoden der politischen Reichsgeschichte.

So sind also an Schlegels Entwurf eine Fülle ernster Fragen aufzuwerfen, die immer wieder den volkspädagogischen Sinn seines Versuches in Frage stellen. Es scheinen mir alle Voraussetzungen dazu zu fehlen. Die peinliche Nähe zum totalitären Denken, die heute jedes geschlossene Geschichtsbild spüren läßt, sollte uns eine Warnung sein. Man bedenke nur, wieviel noch von den simplifizierenden nationalsozialistischen Geschichtsvorstellungen im Unterbewußtsein unserer Zeitgenossen schlummert. Da ist die Rassenideologie, der Komplex der in letzter Minute rettenden Zauberwaffen und, besonders bedrückend, die Selbstverständlichkeit, mit der allgemein Menschentötung als ein notwendiges Mittel zur Erreichung politischer Zwecke hingenommen wird.

Von solchen, sicherlich unbewußt wirkenden, totalitären Gedankengängen scheint mir Schlegels Entwurf auch darum beeinflusst zu sein, weil in ihm die Frage der **G e s c h i c h t s -**

reife unserer Volksschuljugend nicht ernsthaft erörtert wird. Dabei scheint es mir ein besonderer psychologischer Fehler zu sein, von einer Kontinuität des geschichtlichen Geschehens auszugehen. Gerade sie aufzunehmen sind unsere Schüler nicht in der Lage, und die deswegen notwendigen horriblen Simplifizierungen führen zu den gefährlichsten Vorurteilen. Leider hat die bedeutsame Untersuchung Heinrich Roths: „Kind und Geschichte“ (München 1955) mancherorts entsprechend den eigenen Wunschkomplexen die Vorstellung erzeugt, man könne Kinder unbedenklich geschichtlichen Stoffen gegenüberstellen. Mit welcher Vorsicht tastet sich dagegen Roth an das geschichtliche Erleben von der Gegenwart aus heran (S. 11 ff., S. 61)! Wie maßvoll steht er der Stoffmenge gegenüber, wie behutsam wägt er die Möglichkeiten des Erfassens von Zusammenhängen ab! Wie weist er immer wieder darauf hin, daß nur die begabteren Schüler geschichtlich fragen; wie wichtig ist dafür die Kulturkunde, für die bei Schlegel gar kein Platz ist. Vielmehr soll bei ihm gar in zwei Jahren ein Riesenprogramm abgewickelt werden, ohne daß er bedenkt, wieviele erdkundliche und naturkundliche Stoffe gleichzeitig dringend behandelt werden müssen. Nein, die vorschnellen Geschichtsverkünder in unseren Volksschulen sollten aus der Praxis der höheren Schulen mit ihren theoretisch begabteren Schülern lernen; denn dort wird erst im 7. Schuljahr mit einem planmäßigen Geschichtsunterricht begonnen, nachdem man sich vorher mit Sagen, Mythen und heimatgebundenen Erzählungen im Rahmen des Deutschunterrichts begnügte.

Es sei noch auf zwei Erscheinungen hingewiesen: einmal auf die sattsam bekannte Auspörierung unserer Volksschuloberstufe von den begabten und geistig regen Schülern. Man muß sich darüber klar sein, daß sich mit dem übrigbleibenden Rest kein Höchstprogramm an ge-

schichtlicher Bildung durchführen läßt. Zum anderen wirken epochalpsychologische Momente gegen die Überbewertung des Geschichtsunterrichts in der Volksschule. Unsere Oberstufenschüler sind träge im Denken und Lernen. Das ist eine allgemeine Klage, und die Psychologen sagen uns dazu, daß die mangelhafte Konzentrationsfähigkeit, die dahinter steht, auf die Ablenkungen durch die technisierte Umwelt zurückzuführen ist, aber auch mit seelischer Unterernährung zusammenhängt. Wir müssen daraus die pädagogische Folgerung ziehen, diese Schüler nicht noch mehr, als dies schon bisher der Fall ist, zur Übernahme fertiger Urteile und ungeprüfter Ansichten zu verleiten. Das geschähe aber, auch gegen Schlegels Absichten, zwangsweise, wenn wir die Stofffülle seines Geschichtsplanes auch nur annähernd in unseren Unterricht übernahmen. Die jetzt im Gebrauch befindlichen Geschichtsbücher verführen bereits zum vorschnellen Urteilen. So ist es vielmehr dringend notwendig, hier einen entschiedenen Mut zur Lücke, auch im Stoff, zu beweisen und sich mit wenigen anschaulichen, naheliegenden Beispielen zu begnügen, an ihnen den Versuch zu machen, sich in das Erleben einzelner Menschen einzufühlen, ihre sittlichen Entscheidungen in den Auseinandersetzungen ihrer Zeit mitzuerleben, um daran zu erahnen, was Geschichte bedeutet. Immer aber stehe besonders in der Volksschule bei jungen Menschen in der Vorpubertät und dann in der Reifezeit selbst, der einzelne Mensch im Vordergrund, nicht die Ideen, die Bewegungen und vermeintlichen, meist fraglichen und höchst komplizierten Entwicklungsphasen. Volkstümliches geschichtliches Denken sei an der Wahrheit orientiert, die je und je von tapferen Menschen bezeugt wurde, deren Ringen als stellvertretend empfunden wird. In diesem Sinne gilt Albert Schweitzer heute bereits als eine historische Gestalt, und es lassen sich außerhalb der Reihe berühm-

ter Männer der Geschichte mancherlei schlichte Zeugen der Wahrheit in jeder Epoche finden. Die volkspädagogische Aufgabe scheint mir nun darin zu liegen, solche Einzelbilder in sorgfältig überprüfter Geschichtlichkeit durch gutes Erzählen lebendig werden zu lassen. Es wird sich dann immer zeigen, daß nur die Gestalten wirklich groß sind und für die immer unabdingbare Wahrheit zeugen, die sich in ernstem sittlichem Ringen den Nöten ihrer Zeit gestellt haben und sie mutig überwandern — auch wenn sie daran scheiterten. Daß mir dies die einzig verantwortbare christliche Haltung zur historischen Unterweisung zu sein scheint, sei noch ausdrücklich betont. Alles menschliche Ausdeuten und Konstruieren von Zusammenhängen ist nur von relativer Bedeutung und birgt die Gefahr frevelhaften Hochmuts in sich, während uns gerade um der volkspädagogischen Absicht willen Bescheidung zukommt und mit besonderem Blick auf die politische Erziehung hin ein ständiges Wachhalten des Gewissens.

Von der Gegenwart und ihren wichtigsten Fragen auszugehen und zu versuchen zu sehen, woher wir kommen, und das am Zeugnis um Wahrheit ringender Menschen der nahen Vergangenheit zu erkennen, scheint mir die hohe, wenn auch nur beschränkt mögliche Aufgabe des Geschichtsunterrichts an den Volksschulen unserer Zeit zu sein. Die bisherige Praxis der Geschichtspläne, Einzelpersonen, Szenen und Bilder herauszustellen und es dem Lehrer zu überlassen, je nach Reife und Verständnis seiner Schüler auf größere Zusammenhänge einzugehen oder sie fallen zu lassen, sollte also nicht aufgegeben, sondern eher noch mehr gelockert werden, um so in bewußtem Gegensatz zu dem Drill und scheinhistorischer totalitärer Ideologien, wie man sie im Osten pflegt, den Weg für eine freiheitliche, an die Wahrheit gebundene allseitige Erziehung zu öffnen.

Dr. Heinrich Geißler

Berichtigung

Am 11. Januar 1961 ist in der Beilage der Artikel von Hermann Glaser „Der Terror im Dritten Reich“ veröffentlicht worden. Der Autor bezieht sich auf Seite 13 bei seinen Ausführungen auf das Dokumentationswerk von Poliakov-Wulf, „Das Dritte Reich und seine Diener“ und zitiert daraus u. a. ein Telegramm des Gesandten von Rintelen an den Unterstaatssekretär Luther. Da dieses Telegramm nur auszugsweise wiedergegeben wird, muß der Leser hinsichtlich der Person des Gesandten von Rintelen ein falsches Bild gewinnen. Im Interesse wissenschaftlicher Objektivität wird nachfolgend der volle Wortlaut des Dokumentes

CXXVa—67 zum Abdruck gebracht. Zur Verdeutlichung werden die in diesem Zusammenhang entscheidenden Sätze durch Kursivschrift von der Redaktion hervorgehoben.

TELEGRAMM

(G-Schreiber)

Feldmark, den 19. August 1942 23.59 Uhr

Ankunft: 20. „ „ 0.30 „

Nr. 954 vom 19. 8. Geheime Reichssache!

1.) Telko

2.) An Ministerialbüro Berlin für
Unterstaatssekretär Luther

Der Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes vom 26. Juli an

den Reichsführer SS betreffend Evakuierung von Juden aus Rumänien lautet wie folgt:

Die Vorbereitungen in politischer und technischer Hinsicht in bezug auf die Lösung der Judenfrage in Rumänien sind durch den Beauftragten des Reichssicherheits-Hauptamtes soweit abgeschlossen, daß mit dem Anlaufen der Evakuierungstransporte in Zeitkürze begonnen werden kann. Es ist vorgesehen, die Juden aus Rumänien, beginnend etwa mit dem 10. 9. 1942, in laufenden Transporten nach dem Distrikt Lublin zu verbringen, wo der arbeitsfähige Teil arbeitseinsatzmäßig angesetzt wird, der Rest der Sonderbehandlung unterzogen werden soll.

Es ist Vorsorge getroffen, daß diesen Juden nach Überschreiten der rumänischen Grenze die Staatsangehörigkeit verloren geht.

Die Verhandlungen bezüglich der Regelung in Rumänien sind seit einiger Zeit mit dem Auswärtigen Amt im Gange, ebenso die Besprechungen mit dem Reichsverkehrsministerium zwecks Fahrplanerstellung; die Verhandlungen sind als durchaus günstig anzusprechen.

Auf Weisung des Reichssicherheits-Hauptamtes ließ sich der Berater für Judenfragen in Bukarest, SS-Hauptsturmführer Richter, vom stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten Mihai Antonescu ein persönliches Schreiben aushändigen, dessen Fotokopie ich diesem Schreiben mit der Bitte um Kenntnisnahme beifüge.

Ich bitte um Genehmigung, die Abschiebungsarbeiten in der vorgetragenen Form durchführen zu können. *Schluß des Berichts.*

gez. Rintelen

In der gleichen Beilage (B1-2/61) wird auf Seite 2 Walter Hammer „Hohes Haus in Henkers Hand“ (Frankfurt 1956) zitiert. Walter Hammer spricht dort von 403 verhafteten Parlamentariern, alten Reichstags- und Landtagsabgeordneten, und nicht wie Dr. Glaser nur von Reichstagsabgeordneten. Zur Verdeutlichung wird nachfolgend die fragliche Textstelle aus dem oben genannten Buch zum Abdruck gebracht:

„Es geht in diesem Buch um das Schicksal von Deutschlands früheren Parlamentariern, alten Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Vorausgeschickt seien diese Zahlen, die an sich schon Bände reden:

In die Fremde wurden getrieben	113
als Emigranten expatriert	53
Verhaftet wurden von der Gestapo	403
davon bei der „Gewitteraktion“	76
In meist jahrelange KZ-Haft gerieten	311
in Zuchthäuser und Gefängnisse	58
Ums Leben gekommen sind	186
davon wurden hingerichtet	45
in Verbindung mit dem 20. Juli 1944	11
In Konzentrationslagern starben	83

Diese Daten sind in nichts übertrieben, bleiben vielmehr zurück hinter dem faktisch Geschehenen, denn absolut Erschöpfendes hat sich leider nicht mehr feststellen lassen.“

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Albertine Hönig: „Fünfzehn Jahre
Sowjetwirklichkeit“

Klaus Hornung: „Die Etappen der politischen Pädagogik
von Bismarck bis heute“

Walther E. Schmitt: „Lenin und Clausewitz“

Wilhelm Ritter von Schramm: „Hitlers psychologischer Angriff
auf Frankreich“

Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik
der Sowjetwirtschaft“

Walter Wehe: „Die wirtschaftspolitische
Entwicklung Europas seit dem
Marshallplan“
